

Video-Podcast der Bundeskanzlerin #37/2015

07. November 2015

Die Fragen stellte Prof. Dr. Carina Sprungk, Politikwissenschaftlerin an der FU Berlin.

Carina Sprungk:

Frau Bundeskanzlerin, in der nächsten Woche fahren Sie zum EU-Afrika-Gipfeltreffen zu Migrationsfragen in Malta. Dort soll über die Probleme, aber auch über die Chancen der Migration gesprochen werden. Und es soll auch deutlich werden, dass die Herkunfts-, Transit- und Zielländer gemeinsam Verantwortung tragen für die Migration. Was verstehen Sie unter einer gemeinsamen Verantwortung dieser Länder, und mit welchen konkreten Positionen reisen Sie nach Malta?

Bundeskanzlerin Merkel:

Ja, in der Tat treffen wir uns mit den afrikanischen Staaten zu einem Sondergipfel auf der Insel Malta, die ja nun vor den Toren Afrikas liegt. Und wir wissen, dass die illegale Migration aus den afrikanischen Ländern, insbesondere über Libyen – weil wir dort im Augenblick keine staatlichen Strukturen haben –, ja nach wie vor sehr hoch ist. Im Angesicht der vielen Flüchtlinge aus Syrien fällt uns das im Augenblick nicht so ins Auge, aber wir haben diese Migration. Und es geht jetzt darum zu sprechen, wie wir einerseits unsere Entwicklungshilfe richtig organisieren können – wir werden sie auch mit zusätzlichen Mitteln ausweiten –, gleichzeitig aber auch mit den afrikanischen Regierungschefs über Good Governance sprechen, über Chancen für die jungen Menschen in Afrika; überlegen, wie wir durch Entwicklungshilfe auch Ausbildungsbildungschancen, Berufschancen fördern können. Und natürlich auch die Frage stellen: Wie können wir zum Beispiel auch junge Afrikaner legal in Deutschland aufnehmen, wenn es um Berufe geht, die bei uns Mangelberufe sind. Die Aufklärung dazu ist sicherlich auch noch nicht ausreichend geschehen.

Kritiker behaupten ja, dass die Glaubwürdigkeit der deutschen Flüchtlingsspolitik etwas gelitten hat, angesichts der bisherigen koalitionsinternen Streitigkeiten und auch angesichts der Tatsache, dass die Europäische Kommission einige Verfahren gegen Deutschland eingeleitet hat: wegen mangelnder Umsetzung europäischen Asylrechts. Wie durchsetzungsfähig sind Ihre Positionen denn gegenüber Ihren europäischen Partnern, aber auch gegenüber den afrikanischen Partnern?

Also, erst einmal glaube ich: Auch wenn wir bei zwei Richtlinien etwas säumig sind, ist das, was zählt, doch die Tat. Und bei den Taten kann sich Deutschland wirklich sehen lassen. Wir übernehmen einen großen Teil der europäischen Flüchtlinge und wir brauchen eine fairere Verteilung in Europa. Ich glaube, dass wir immer und immer wieder darüber sprechen müssen, dass die Frage, wie wir mit Flüchtlingen umgehen, eine gemeinsame Frage aller europäischen Mitgliedstaaten ist – zumindest derer, die sich für das Schengen-System, also für den freien Verkehr über die Grenzen, ausgesprochen haben. Und dieses System kann nur funktionieren, wenn die Außengrenzen richtig geschützt werden. Dafür sind alle verantwortlich, die auch die Vorzüge eines freien Waren- und Personenverkehrs in Anspruch nehmen. Es ist ein guter Schritt gewesen, dass wir jetzt die Verteilung von 160.000 Flüchtlingen bespro-

chen und beschlossen haben, aber das reicht nicht aus. Wir brauchen einen permanenten Verteilmechanismus. Wir brauchen einen gemeinsamen Schutz unserer Grenzen und sicherlich auch mehr Europa bei diesem Schutz der Grenzen; das kann man nicht Griechenland und Italien alleine überlassen. Und deshalb übernehmen wir ja hier über Frontex und auch über die europäische Asylbehörde bereits eine ganze Reihe von Verantwortlichkeiten.

Sie haben es angesprochen: Die EU hat schon einiges erreicht, aber dennoch gibt es weiterhin Schwierigkeiten, sich gemeinsam auf Lösungsstrategien für die Bewältigung der Flüchtlingskrise zu einigen. Vor diesem Hintergrund: Wie kann es denn eigentlich gelingen, dass die EU tatsächlich mit einer Stimme nach außen spricht, gegenüber den afrikanischen Partnern?

Ich glaube, bezüglich Afrikas ist das bei dem EU-Afrika-Gipfel möglich. Wir werden den Afrikanern auch neue finanzielle Mittel anbieten. Wir werden darüber sprechen, mit welchen Ländern wir auch Rückübernahmeabkommen vereinbaren können. Die Afrikaner werden uns ihrerseits sagen, was sie von uns erwarten – vielleicht im Blick auf legale Migration; darüber muss man reden. Im Zentrum wird auch stehen: Wie können wir insbesondere die Küstenstaaten Nordafrikas sichern? Hier geht es vor allen Dingen um den politischen Prozess in Libyen. Der UN-Vermittler Leon hat hier hart gearbeitet, leider noch keine Einheitsregierung zustande gebracht. Aber jetzt wird ein deutscher Vertreter das übernehmen, Herr Kobler, und dem wünsche ich sehr, sehr viel Erfolg. Denn staatliche Strukturen in Libyen wären dringend notwendig, nicht nur im Blick auf die EU-Afrika-Kontakte, sondern auch im Blick auf die Auswirkungen der Situation in Libyen auf die Länder, die südlich von Libyen liegen; da brauchen wir ja auch Stabilität: Wenn ich an Niger denke, wenn ich an Mali denke und an viele andere Länder.

Ja wenn man sich die Zusammenarbeit zwischen der EU und ihren afrikanischen Partnern in der Vergangenheit anschaut, dann standen ja eigentlich Themen, die Sie auch genannt haben, wie die Bekämpfung der eigentlichen Ursachen von Migration, aber auch die Förderung legaler Migration, zum Beispiel im Sinne einer Arbeitszuwanderung, immer ganz oben auf der Agenda. Was macht Sie so zuversichtlich, dass bei diesem EU-Afrika-Gipfel nun tatsächlich nachhaltige Lösungen gefunden werden können?

Wir werden auch bei diesem Gipfel nicht den Schalter einfach umstellen können, sondern das wird viele, viele Schritte brauchen. Wir haben zum Teil sehr problematische Situationen, wenn ich an Eritrea denke. Wir dürfen auch im Blick auf Afrika nicht vergessen: Viele afrikanische Länder beherbergen selber sehr viele Flüchtlinge – Äthiopien aus Eritrea, andere aus dem Sudan oder aus Somalia. Deshalb ist das Thema Flüchtlinge ein ganz aktuelles, auch für afrikanische Länder. Und auch hier müssen wir überlegen, ob wir im Blick auf Finanzierung der UN-Organisationen – UNHCR, Welternährungsprogramm – natürlich auch klare Erwartungen der Afrikaner bekommen werden, dass auch in Afrika die Flüchtlinge unterstützt werden müssen, damit nicht noch mehr Flucht entsteht. Ich denke, dass angesichts der sehr akuten Situation jetzt in Europa doch die Dringlichkeit der Zusammenarbeit noch einmal sichtbar wird. Ich werde dort auch sagen, dass sich durch die Digitalisierung, durch die Smartphones, die Welt auch verändert hat. Jeder weiß über die Situation in seinem eigenen Land Bescheid. Es geht auch um den Umgang von Regierungen mit

Zivilgesellschaften. Und viele junge Afrikaner – Afrika ist ein junger Kontinent – kennen die Lebenssituation in Europa, sie wissen auf der anderen Seite um die Schwächen ihres eigenen Lebens. Und deshalb ist gute Regierungsführung sicherlich wichtiger denn je zuvor.